

Blog

Fast 600 000 Menschen gehen zur Schuldnerberatung

28.06.2021

von



Schulbank

Schlagworte

Corona
Einkommen
Zinsen
Schul|Bank
Insolvenz



Blog

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes haben sich im Corona-Krisenjahr 2020 588.000 Menschen wegen finanzieller Probleme an die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen gewandt – ein Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Ob der geringfügige Anstieg auf die Corona-Pandemie zurückzuführen ist, könne anhand der Daten nicht ermittelt werden, erklärte die Wiesbadener Behörde. Sehr viele der Überschuldeten, die sich an die Beratungsstellen wandten, waren arbeitslos (43,4 Prozent). Etwa jede(r) Dritte war Angestellter (35,3 Prozent), jede(r) Fünfte (20,3 Prozent) „anderweitig nicht erwerbstätig“, also beispielsweise Rentner(in). Gerade einmal 1,1 Prozent der Hilfesuchenden arbeiteten als Selbstständige.

Gründe für Überschuldung ändern sich kaum

Was sind die Gründe für die Überschuldung? Als Hauptauslöser nennen die Betroffenen seit Jahrzehnten die gleichen Ursachen, die Prozentzahlen schwanken nur leicht. Im Jahr 2020 waren die wichtigsten Gründe Arbeitslosigkeit (19,7 Prozent), gefolgt von Erkrankung, Sucht oder Unfall (16,5 Prozent). Auf Platz drei kommt mit 14,5 Prozent eine „unwirtschaftliche Haushaltsführung“, danach die Scheidung, die Trennung oder auch der Tod des Partners (12 Prozent). Eine nennenswerte Rolle spielen auch ein längerfristiges Niedrigeinkommen (9,6 Prozent) und eine gescheiterte Selbstständigkeit (8,2 Prozent). In der Praxis kommt oft ein Problem zum anderen.

Durchschnittlich betragen die Verbindlichkeiten von überschuldeten Personen 29.230 Euro, wobei Erwerbstätige deutlich höhere Verbindlichkeiten (37.000 Euro) hatten als Arbeitslose (21.000 Euro). Von den Schulden herunterzukommen ist ein schwieriges, häufig hoffnungsloses Unterfangen: Diejenigen mit Job müssten 26 Mal ihr monatliches Nettoeinkommen ausschließlich zur Schuldentilgung nutzen, bei Arbeitslosen lag dieser Faktor, die sogenannte Überschuldungsintensität, bei 23. Da vom Nettoeinkommen aber auch Miete, Nahrungsmittel und Kleidung bezahlt werden müssen und für die Schulden zudem Zinsen anfallen, ist es für die Betroffenen völlig unmöglich, ihre Schulden tatsächlich binnen 26 beziehungsweise 23 Monaten zu tilgen. Unter Fachleuten ist weitgehend unstrittig, dass Menschen mit einer so hohen Überschuldung keine Chance haben, ihre Verbindlichkeiten ohne eine Privatinsolvenz loszuwerden.